



SCHWEIZERISCHER BUNDESRAT
 CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE
 CONSIGLIO FEDERALE SVIZZERO

Beschluss

Décision

12. März 1984

Decisione

414

0.324.22.F.

3003 Bern, den 22. Februar 1984

Siehe dieses Zeichen in der Antwort wiederholen.
 Voir ce numéro dans la réponse.
 Ripetere questo riferimento nella risposta.

An den Bundesrat

Nicht an die Presse

Notenaustausch zwischen der Schweiz
 und Frankreich betreffend einen Transfer
 von Plutonium

Aufgrund des Antrags des EDA vom 22. Februar 1984
 Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

1. Sachverhalt

Der im folgenden beantragte Notenwechsel zwischen der Schweiz
 und Frankreich steht in Zusammenhang mit zwei Gesuchen der Nord-
 ostschweizerischen Hochschule für Technik (NOK) beziehungsweise des Eid-
 genössischen Instituts für Reaktorforschung (EIR) für Plutonium-

b e s c h l o s s e n :

1. Die Notenentwürfe werden gutgeheissen.
2. Das Departement für auswärtige Angelegenheiten wird mit dem Vollzug des Notenaustausches beauftragt.
3. Das Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement (BEW) wird mit dem internen Vollzug der Vereinbarung beauftragt.

Für getreuen Auszug
 der Protokollführer:

Protokollauszug an:				
<input checked="" type="checkbox"/> ohne / <input type="checkbox"/> mit Beilage				
i.V.	z.K.	Dep.	Anz.	Akten
X		EDA	6	-
	X	EDI	3	-
	X	EJPD	3	-
		EMD		
		EFD		
	X	EVD	5	-
X		EVED	5	-
		BK		
		EFK		
		Fin Del		



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES
DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

O.324.22.F.

Bitte dieses Zeichen in der Antwort wiederholen
Prière de rappeler cette référence dans la réponse
Pregasi rammentare questo riferimento nella risposta

3003 Bern, den 22. Februar 1984

An den Bundesrat

Nicht an die Presse

Notenaustausch zwischen der Schweiz
und Frankreich betreffend einen
Transfer von Plutonium

1. Sachverhalt

Der im folgenden beantragte Notenwechsel zwischen der Schweiz und Frankreich steht im Zusammenhang mit zwei Gesuchen der Nordostschweizerischen Kraftwerke AG (NOK) beziehungsweise des Eidgenössischen Instituts für Reaktorforschung (EIR) für Plutoniumtransfers von Frankreich über die Bundesrepublik in die Schweiz. Die beiden Mengen Plutonium, es handelt sich um rund 127 und um 68 kg, stammen aus abgebranntem Kernbrennstoff der Kernkraftwerke Beznau, welcher in La Hague (F) aufgearbeitet wurde, und sind für die Herstellung von Mischoxyd-Brennelementen (abgekürzt: MOX) in der BRD bestimmt, die dann in der Schweiz verwendet werden sollen: die grössere Menge als Brennstoff im Kernkraftwerk Beznau, die kleinere Menge für Forschungsvorhaben im EIR in Würenlingen.

Dieser Transport erfolgt im Rahmen des Entsorgungsprogramms der NOK. Demgemäss werden die in Kraftwerken abgebrannten Brennelemente nicht als Abfall zur Endlagerung geführt, sondern aufgearbeitet. Dabei werden in diesen Brennelementen enthaltene Plutonium und Uran zurückgewonnen. Beide Materialien können wieder zu neuen Brennelementen verarbeitet und als Brennstoff in Kernkraftwerken verwendet werden.

Die in Frage stehenden Mengen Plutonium der NOK müssen für die Herstellung der MOX-Brennelemente von La Hague in die entsprechende Anlage der Firma ALKEM in Hanau, BRD, transportiert werden. Die dort fabrizierten MOX-Brennelemente werden dann von 1985 - 1988 im Kernkraftwerk Beznau zur Erzeugung von elektrischer Energie wiederverwendet bzw. im EIR für ein Forschungsprogramm eingesetzt.

Als Mitglied des Londoner-Klubs, dem auch die Schweiz angehört, ist Frankreich verpflichtet, für diese Transaktion von der Schweiz, dem Bestimmungsland des Plutoniums, die Einhaltung bestimmter Nonproliferationsbedingungen zu verlangen. Da die Verhandlungen über ein generelles nukleares Kooperationsabkommen zwischen beiden Ländern noch nicht abgeschlossen sind, müssen die von der Schweiz zu gebenden Zusicherungen für diesen Fall mittels eines Notenwechsels geregelt werden. Auch für den Transport der Brennelemente von der BRD in die Schweiz wird ein solcher Notenwechsel nötig sein. Ein entsprechender Antrag wird zur gegebenen Zeit gestellt werden.

2. Der Notentext

Der beigelegte Notentext geht auf einen französischen Vorschlag zurück und berücksichtigt die vom BEW und EDA gewünschten Änderungen. Er begründet die gleichen völkerrechtlichen Pflichten, wie sie die Schweiz schon im Notenwechsel 1981 mit Grossbritannien anlässlich eines Plutoniumtransfers für das EIR eingegangen ist (vgl. Antrag des EDA vom 9. Juli 1981). Formell sollen für die beiden Plutonium-Mengen zwei separate Noten mit identischem Inhalt ausgetauscht werden.

Abgesehen von der Eingangs- und Schlussformel nimmt der Text zuerst Bezug auf die von der NOK resp. dem EIR an das französische Wiederaufbereitungsunternehmen Compagnie Générale des Matières Nucléaires (COGEMA) gestellten Liefergesuche. Doppel dieser Gesuche gingen auch dem BEW zur Erteilung der erforderlichen Importbewilligungen zu (Beilage).

Im Hauptteil des Textes sichert die Schweiz Frankreich die üblichen Garantien zu, wie sie namentlich in den zitierten Londoner Richtlinien festgelegt sind. Es handelt sich dabei

um folgende Garantien:

- a) die Zusicherung, dass das gelieferte Material für friedliche, nicht-explosive Zwecke verwendet wird.

Die Verpflichtung, die Kernenergie für ausschliesslich friedliche, nicht-explosive Zwecke zu benutzen, hat die Schweiz schon mit ihrem Beitritt zum Atomsperrvertrag grundsätzlich übernommen; sie ist also nicht neu.

- b) Die Garantie für den physischen Schutz des transferierten Materials. Die dafür zu treffenden Massnahmen sind im Anhang B der Londoner Richtlinien festgelegt. Mit diesen Vorschriften soll erreicht werden, dass das geschützte Material nicht in falsche Hände gerät (z.B. Schutz vor Terroranschlägen).

Diese Bestimmung wird unter Ziff. 3 (vgl. weiter unten) rechtlich erörtert, da der Atomsperrvertrag keine derartige Vorschriften enthält.

- c) Auch für die im zweiten Satz des Abschnittes enthaltene Garantie für die Einhaltung des von der NOK resp. vom EIR angegebenen Programms gelten die unter Ziff. 3 aufgeführten rechtlichen Ausführungen.

- d) Der letzte Satz enthält schliesslich zwei Verpflichtungen:

Die Forderung, dass bei der Wiederausfuhr des gelieferten nuklearen Materials in ein Drittland von diesem die Einhaltung der gleichen Bedingungen verlangt wird, wie sie von Frankreich der Schweiz gegenüber gestellt worden sind. Auch diese Verpflichtung ist durch den Atomsperrvertrag abgedeckt. Nicht gedeckt ist das in der gleichen Bestimmung stipulierte Zustimmungsrecht Frankreichs für den Transfer des gelieferten Plutoniums.

Diese Verpflichtung ist zur Zeit aber kaum von Bedeutung, weil das Plutonium für die Verwendung in der Schweiz bestimmt ist. Sollte die Klausel trotzdem zur Anwendung kommen, z.B. im Falle der Wiederaufbereitung der MOX-Brennelemente im Ausland, gelten die unter Ziff. 3 ausgeführten rechtlichen Erwägungen.

3. Die Vertragsabschlusskompetenz des Bundesrates

Nach der heute bestehenden Praxis kann der Bundesrat fünf Kategorien völkerrechtlicher Verträge ohne die in Art. 85, Ziff. 5 BV stipulierte Genehmigung durch die eidgenössischen Räte in eigener Kompetenz abschliessen, nämlich:

- Verträge, die für die Schweiz keine neuen Verpflichtungen und keinen Verzicht auf bestehende Rechte enthalten;
- Verträge zum Vollzug anderer Verträge;
- Verträge, zu deren Abschluss der Bundesrat aufgrund einer Ermächtigung der Bundesversammlung befugt ist;
- provisorische und dringliche Verträge;
- Verträge über Gegenstände, die innerstaatlich im Rahmen der Verordnungs Kompetenzen des Bundesrates liegen, wenn die Realisierung dieser Kompetenz grenzüberschreitende Aspekte aufweist, die praktisch nur über staatsvertragliche Regelungen erfasst werden können.

Für die vom Atomsperrvertrag abgedeckten Verpflichtungen unter oben erwähnter Ziff. 2 lit. a) und d) handelt es sich um einen Anwendungsfall der ersten Kategorie, d.h. um Vertragsbestimmungen, die keine neuen Verpflichtungen für die Schweiz schaffen und daher ohne weiteres vom Bundesrat akzeptiert werden können.

In bezug auf die Zusicherungen an Frankreich, die nicht vom Atomsperrvertrag abgedeckt sind, gelten hier die gleichen rechtlichen Erwägungen, die schon im oben erwähnten Antrag an den Bundesrat vom 9. Juli 1981 geltend gemacht wurden:

Die Garantie für den physischen Schutz des transferierten Materials (vgl. oben 2 b) und die Gewährung des vorherigen Zustimmungsrechts (oben 2 d) sind in den Richtlinien des Londoner-Klubs enthalten. Die Richtlinien des Londoner-Klubs, dem auch die Schweiz beigetreten ist, bilden keine Rechtsgrundlage für die Uebernahme dieser Verpflichtungen, da sie bekanntlich keine völkerrechtlichen Pflichten für die Schweiz herbeiführen.

Allerdings besitzt der Bundesrat im Bereich der Atomenergie, gestützt auf das Atomgesetz (Art. 4, 6 und 37), eine Verordnungs-kompetenz, von der er denn auch durch den Erlass der Verordnung vom 17. Mai 1978 über Begriffsbestimmungen und Bewilligungen im

Gebiete der Atomenergie (SR 732 11) bereits Gebrauch gemacht hat. Durch Aufnahme der Richtlinien des Londoner-Klubs in diese Verordnung (Anhang 3) sind auch die diesbezüglichen Vorschriften innerstaatliches Recht geworden.

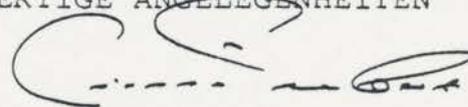
Für die unter 2 c) gegebene Garantie für die Einhaltung des Programms der NOK gilt als Rechtsgrundlage Atomgesetz Art. 4, 6 und 37.

Wie bereits im Antrag vom 9. Juli 1981 dargelegt, bedürfen Export- und Importbewilligungen unter dem gegenwärtigen international gehandhabten Nonproliferationssystem begleitender, zwischenstaatlicher Vereinbarungen. Es kann davon ausgegangen werden, dass das Atomgesetz den Bundesrat nicht nur zur landesrechtlichen Regelung der Bewilligungspflicht ermächtigt, sondern zugleich die Kompetenz zum Abschluss jener staatsvertraglichen Vereinbarungen enthält, ohne welche das Gesetz, insbesondere das Bewilligungsverfahren ohne Kompetenz des Bundesrates nicht angewandt werden könnte, weil bei Ausbleiben eines Vertragsabschlusses der betroffene ausländische Staat die für den Export oder Import unerlässlichen Bewilligungen verweigern würde.

4. Antrag

Aufgrund dieser im Einvernehmen mit dem Justiz- und Polizeidepartement, dem Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement und dem Volkswirtschaftsdepartement erarbeiteten Ausführungen beantragen wir Ihnen, den folgenden Entwurf für den Beschluss des Bundesrates zu genehmigen.

EIDGENOESSISCHES DEPARTEMENT FUER
AUSWAERTIGE ANGELEGENHEITEN



Pierre Aubert

Zum Mitbericht an:

- EJPD - EDI
- EVED
- EVD

Protokollauszug an:

- EDA (zur Durchführung) - EVD
- EJPD - EDI
- EVED (zur Durchführung)

PROJET DE NOTE VERBALE

L'ambassade de Suisse présente ses compliments au
ministère des relations extérieures et a l'honneur de l'informer
de ce qui suit:

La société Nordostschweizerische Kraftwerke AG (NOK),
Notenaustausch zwischen der Schweiz
und Frankreich betreffend einen Transfer
von Plutonium

Aufgrund des Antrags des EDA vom 22. Februar 1984

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

b e s c h l o s s e n :

1. Die beiliegenden Notentwürfe werden genehmigt.
2. Das Departement für auswärtige Angelegenheiten wird mit dem Vollzug des Notenaustausches beauftragt.
3. Das Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement (BEW) wird mit dem internen Vollzug der Vereinbarung beauftragt.

Für getreuen Auszug
der Protokollführer:

PROJET DE NOTE VERBALE

L'Ambassade de Suisse présente ses compliments au Ministère des relations extérieures et a l'honneur de l'informer de ce qui suit.

La société Nordostschweizerische Kraftwerke AG (NOK), 5400 Baden, Parkstrasse 23, a demandé à la société Cogema à la Hague de lui livrer la quantité de plutonium spécifiée dans l'annexe ci-jointe.

Le Gouvernement suisse confirme les indications contenues dans la demande ci-jointe de Nordostschweizerische Kraftwerke AG (NOK) en date du 1 décembre 1983.

Le Gouvernement suisse confirme qu'il appliquera à ces matières, pendant la durée de leur présence sur le territoire suisse, les garanties habituelles d'usage pacifique, non explosif et de protection physique telles qu'elles sont notamment précisées dans les directives de Londres. Il confirme qu'il se porte garant à la date de la livraison en Suisse de l'utilisation du plutonium selon l'échéancier indiqué. Le Gouvernement suisse déclare finalement qu'il entend ne réexporter le plutonium vers un pays tiers qu'avec le consentement préalable du Gouvernement français et à condition que le pays destinataire accepte les mêmes conditions que celles qui sont prévues dans cette lettre.

NORDOSTSCHWEIZERISCHE KRAFTWERKE AG
CH-5400 Baden

Handwritten signature: [Signature] N° 4. B. J.

PROJET DE NOTE VERBALE

L'Ambassade de Suisse présente ses compliments au Ministère des relations extérieures et a l'honneur de l'informer de ce qui suit.

L'Institut fédéral de recherches en matière de réacteurs (EIR), 5303 Würenlingen, a demandé à la société Cogema à la Hague de lui livrer la quantité de plutonium spécifiée dans l'annexe ci-jointe.

Le Gouvernement suisse confirme les indications contenues dans la demande ci-jointe de l'Institut fédéral de recherches en matière de réacteurs (EIR) en date du 5 décembre 1983.

Le Gouvernement suisse confirme qu'il appliquera à ces matières, pendant la durée de leur présence sur le territoire suisse, les garanties habituelles d'usage pacifique, non explosif et de protection physique telles qu'elles sont notamment précisées dans les directives de Londres. Il confirme qu'il se porte garant à la date de la livraison en Suisse de l'utilisation du plutonium selon l'échéancier indiqué. Le Gouvernement suisse déclare finalement qu'il entend ne réexporter le plutonium vers un pays tiers qu'avec le consentement préalable du Gouvernement français et à condition que le pays destinataire accepte les mêmes conditions que celles qui sont prévues dans cette lettre.

Demande de Livraison

1. Le client soussigné:

nom .Nordostschweizerische Kraftwerke AG (NOK)

désignation juridique .CH-5400. Baden

adresse .Parkstrasse 23

demande par la présente la livraison de la quantité
 spécifiée de plutonium

poids total de plutonium .179.19.kg...

poids du plutonium fissile .127.64.kg.

sous la forme de .PuO₂.....

date de livraison .Janvier 1984

2. Le plutonium susmentionné sera transporté

par .COGEMA ou Transnucléaire

de .Vélizy / Hanau

à partir de .La Haye (F)

jusqu'à .Hanau.(FRG)

3. La fabrication de .MOX-Combustibles

sera effectuée à .Hanau (FRG)

date (approximative) .Janvier - Juin 1985

4. Utilisation du plutonium

La matière mentionnée au n° 3 sera utilisée

par .NOK.

pour .production énergie

à .Beznau .

date (approximative) d'utilisation .1984. au 1988

Nom, adresse et signature du client

NORDOSTSCHWEIZ. KRAFTWERKE AG
 CH-5400 Baden

Chausson M. B. J.

Demande de Livraison

1. Le client soussigné:
 nom R. Brogli/M. Jermann
 désignation juridique Institut fédéral de recherches en
 matière de réacteurs (EIR)
 adresse 5303 Würenlingen
 demande par la présente la livraison de la quantité
 spécifiée de plutonium
 poids total de plutonium 96000 gr
 poids du plutonium fissionable 68300 gr
 sous la forme de PuO₂
 date de livraison janvier 1984

2. Le plutonium susmentionné sera transporté
 par TN ou COGEMA
 de Hanau / Vélizy
 à partir de La Hague
 jusqu'à Hanau

3. La fabrication de élément de combustible
 sera effectuée à Hanau (ALKEM)
 date (approximative) dès Mars 1984

4. Utilisation du plutonium
 La matière mentionnée au n° 3 sera utilisée
 par EIR
 pour des expériences de recherche
 à Würenlingen
 date (approximative) d'utilisation juillet 1984

Nom, adresse et signature du client

Institut fédéral de recherches en matière de réacteurs
 c/o Mons. R. Brogli/M. Jermann

5303 Würenlingen

R. Brogli
M. Jermann
 5/12/83 2.12.83